

Ben-Ami SHILLONY: *Politics and Culture in Wartime Japan*. Oxford University Press, Oxford, 1981.

Edward J. DREA: *The 1942 Japanese General Election: Political Mobilization in Wartime Japan*. Lawrence/Kansas, Center for East Asian Studies, University of Kansas, 1979 (= International Studies, East Asian Series Research Publication, number 11).

Shillony zeichnet im Gegensatz zu der in der Historiographie gängigen Ansicht ein differenzierteres Bild von Japan während des Pazifischen Krieges. Er kommt zu dem Schluß, das Kaiserreich sei zwar ein autoritärer Staat gewesen, doch habe sich die Regierung sehr viel gemäßiger gezeigt als in den Diktaturen Deutschlands, Italiens, Kuomintang-Chinas und der UdSSR. Kein Individuum und keine Institution hätten über ein Machtmonopol verfügt. Dafür seien die gleichen Eliten verantwortlich gewesen, welche die Errichtung einer wahren Demokratie verhindert hätten: Das Kaiserhaus mit seinen Beamten und Ratgebern, die konservative Bürokratie, Parlamentarier und Journalisten. Auch die allgemein herrschenden Wertvorstellungen und Verhaltensweisen, besonders das Streben nach Harmonie und das Prinzip der Gruppenentscheidungen, hätten dabei eine entscheidende Rolle gespielt.

Premierminister Tōjō (1941–1944) war trotz seiner Ämterhäufung und trotz des Rückhalts, den er als General in der Armee besaß, kein unumschränkter Diktator. Er konnte sich nicht einmal – wie in früheren Konflikten üblich – auf ein Kriegs- oder Ausnahmegesetz stützen. Auch verfügte er über keine Massenbasis, deren von der Armee mehrmals in Angriff genommene Bildung durch das Innenministerium verhindert worden war. Außerdem konnte sich die Regierung auf keine einheitliche Geheimpolizei stützen: Die *kempeï* des Militärs und die *tokkō* des Innenministeriums waren zahlenmäßig schwach besetzt und in ihrer Arbeit wenig effektiv. Sie bekämpften zwar mit Übereifer Kommunisten und Pazifisten, waren aber völlig machtlos gegenüber dem Personenkreis, von dem die wahre Opposition gegen das Kabinett Tōjō ausging, den „älteren Staatsmännern“ (*jūshin*) um den Thron, die sich um den ehemaligen Premier Konoe scharten und ihren Einfluß durch eine Koalitionsbildung mit hohen Bürokraten, Marineoffizieren, Parlamentariern, Intellektuellen und inaktiven Heeresoffizieren erweiterten.

Die Überlebenschancen des Kabinetts waren nach wie vor abhängig von der Fähigkeit des Premiers, einen Konsens mit den anderen Eliten zustandezubringen. Dazu gehörte auch das Parlament, das weiterhin für Gesetzgebung und Budgetbewilligung zuständig war. Allerdings war der Widerstand der Parlamentarier schwach, da sich diese allgemein um eine „patriotische“ Haltung bemühten.

Die Opposition gegen Tōjō begann eigentlich schon 1942 und wuchs ständig an. Wegen der katastrophalen militärischen Lage wurde die Stellung des Premiers im Juli 1944 schließlich unhaltbar. Die *jūshin* entzogen ihm das Vertrauen und empfahlen dem Kaiser einen neuen Kabinettschef. Tōjō reihte sich unverzüglich in die Gruppe seiner ehemaligen Gegner ein, die Ex-Premiers und Ratgeber des Kaisers. Wie Shillony bemerkt, handelte es sich um den einzigen Regierungswechsel in den kriegführenden Nationen, der ohne Gewalt, Umsturz und Vergeltung vor sich ging. Auch andere Regierungsämter und Spitzenpositionen in den Streitkräften wurden während des Pazifischen Krieges ohne größere Reibereien umbesetzt.

Die Opposition gegen Tōjō war in etwa identisch mit der Bewegung für einen Friedensschluß mit den angelsächsischen Mächten. Wegen des komplizierten und zeitraubenden japanischen Entscheidungsprozesses aber verging bis dahin noch über ein Jahr, wurden zwei Kabinette verschlissen, fielen die Atombomben auf japanische Städte und trat die UdSSR in den Pazifischen Krieg ein. Die Kapitulation erfolgte schließlich – gegen den anfänglichen Widerstand der Armee – hauptsächlich durch das Prestige des Kaisers. Für diese Friedensversuche hat Shillony leider die veröffentlichten Quellen und Abhandlungen (insbesondere die Publikationen von Itō Takashi) nicht voll ausgeschöpft. Weiteres Material wurde nach Abschluß seiner Arbeit veröffentlicht, so daß sich hier ein großes Betätigungsfeld für künftige Untersuchungen bietet. Bedauerlich ist auch, daß Shillony nicht die Verbindungslinien zum Japan der Nachkriegszeit zieht. Wie weit waren z. B. die Reformen der Besatzungszeit, die Etablierung der Demokratie und die Ausrichtung der Außenpolitik durch die Koalitionsbildungen der Vorkriegszeit und der Kriegsjahre – insbesondere durch Kaiserhof, Bürokratie, Parlamentarier und Industrie – vorbereitet worden?

Der chronologischen Abhandlung in Shillonys Werk folgen eine Reihe von Exkursen, die sich mit der Presse, der Haltung der Intellektuellen, der Unterdrückung von Dissidenten sowie dem Widerspruch von bereits stattgefundener Verwestlichung und dem Bemühen um Ausschaltung westlicher Einflüsse befassen. Dabei wird deutlich, wie oft zwei Seelen in einer Brust wohnen. Es verschwimmen die Grenzen zwischen Liberalismus und Nationalismus, zwischen Bewunderung für den Westen und panasiatischer Kreuzzugstimmung, ja sogar zwischen Sozialismus und Rechtsradikalismus.

Shillony weist nach, daß sich die Presse trotz der bestehenden Zensur zwischen den Zeilen – und gelegentlich sogar offen – ein bemerkenswertes Maß an Kritik erlaubte. Regimegegner wurden im Vergleich zu anderen autoritären Staaten relativ milde behandelt. So wurden während der gesamten Kriegszeit nur zwei politische Todesurteile gefällt, und zwar an den überführten Spionen Richard Sorge und Ozaki Hotsumi. Der Autor muß allerdings einräumen, daß Hunderte von Regimegegner durch Mißhandlungen und Unterernährung sowie durch feindliche Luftangriffe ums Leben kamen, denen sie in böswilliger Absicht ausgesetzt worden waren.

Wie sehr die allgemeine Hexenjagd auf Japans „Feinde“ vom Ausland beeinflusst war, zeigt der abschließend behandelte Antisemitismus. In Japan gab es eigentlich kaum Juden, bzw. fielen sie innerhalb der ausländische Kolonie kaum auf. Nennenswerte Zahlen fanden sich dagegen in der unter japanischer Herrschaft stehenden Mandschurei und in Schanghai. Der unter Offizieren, Nationalisten und Publizisten anzutreffende Antisemitismus war hauptsächlich durch die Propaganda von Weißrussen und durch das nationalsozialistische Deutschland hervorgerufen worden. Shillony hätte allerdings wohl auch christliches Gedankengut als Quelle anführen müssen. Falsch ist übrigens seine Ansicht, nur zweitrangige Politiker hätten sich antisemitischer Propaganda schuldig gemacht. Vielmehr sahen z. B. auch Hiranuma Kiichirō und Konoe Fumimaro, zwei der einflußreichsten Staatsmänner, die Juden als treibende Kraft hinter dem Kommunismus an, machten sie verantwortlich für das Chaos in der Welt und beschuldigten sie einer „internationalen Verschwörung“.

Bezüglich der japanischen Staatsstruktur kommt Edward J. Drea in seiner zwei Jahre älteren Studie über die Unterhauswahlen von 1942 zu ähnlichen Schlüssen wie Shillony. Die Historiker hatten diese vermeintlichen „Scheinwahlen“ bisher keiner intensiveren Untersuchung gewürdigt. Die Abgeordneten, zumindest soweit sie seinerzeit von der Re-

gierung „empfohlen“ und deshalb später von den Besatzungsbehörden bis 1952 von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen worden waren, hatten ebenfalls geschwiegen, um nicht ihrer Karriere zu schaden.

Bereits im Oktober 1940 waren alle politischen Parteien aufgelöst und durch die „Gesellschaft zur Unterstützung der Kaiserlichen Herrschaft“ (*taisei yokusankai*) ersetzt worden, die aber keine totalitäre Einheitspartei darstellte, sondern ein Konglomerat der verschiedensten politischen Gruppierungen. Die Zielsetzung der „Gesellschaft“, in der die Vertreter der ehemaligen Parteien eben nur neben anderen Eliten vertreten waren, blieb unklar und unbestritten; eine straffe Führung wurde nie erreicht.

Prinzipiell sah sich das Kabinett Tōjō unter der sakrosankten Meiji-Verfassung den gleichen Problemen wie seine Vorgänger gegenüber: Sich von der Bevölkerung durch Wahlen legitimieren zu lassen, damit die notwendigen Gesetzesvorlagen das Unterhaus reibungslos passieren konnten. Zusätzlich waren die Wahlen von 1942 als Manifestation der geeinten Heimatfront für die Unterstützung der Kriegsanstrengungen gedacht. Um ein Ergebnis in ihrem Sinne zu erleichtern, setzte die Regierung einen Ausschuss ein, der als „geeignet“ angesehene Kandidaten empfahl. Dabei mußte sie paradoxerweise in vielen Fällen auf prominente ehemalige Parteipolitiker zurückgreifen, um nicht durch Niederlagen in allzu vielen Wahlkreisen das Gesicht zu verlieren. Die empfohlenen Kandidaten, die schließlich ca. 80% der Unterhaussitze errangen, waren gegenüber den Unabhängigen klar im Vorteil. Sie erhielten Geldzuwendungen und wurden in den Kampagnen der Polizei geschont. Deren Eingriffe aber, so Drea, gingen schließlich auch gegenüber den Unabhängigen nicht über das bei früheren Wahlen „übliche“ Maß hinaus.

Entscheidend für einen Erfolg bei dem Urnengang war letztlich der Rückhalt, den ein Kandidat in seinem Wahlkreis besaß. Die Fluktuation war nicht wesentlich höher als in früheren Wahlen. Das Unterhaus behielt seine Unabhängigkeit und bewahrte seine kritische Haltung gegenüber dem Kabinett in überraschendem Maße. Auch die Regierung Tōjō mußte sich an die geltenden Gesetze halten, so daß keineswegs ein „faschistisches“, „totalitäres“ oder „diktatorisches“ Regime durch die Wahlen ermöglicht worden war. Vielmehr blieb der alte Pluralismus bestehen. Dadurch sah sich die Regierung der Kritik von zwei Seiten ausgesetzt: Liberale Kreise warfen ihr oft „diktatorische“ Absichten vor, die Radikalen dagegen griffen das Kabinett als Bewahrer des Status quo an.

Trotz seiner Gründlichkeit und seines Mutes zur Beseitigung alter Vorurteile enttäuscht der Autor in einem Punkt. Im Vorwort bezeichnet er die Wahlen von 1942 als Brücke zur Nachkriegszeit, da vier spätere Premierminister seinerzeit erfolgreich kandidiert hätten und noch heute eine Reihe der alten Abgeordneten im Unterhaus vertreten seien. Dieses Thema wird leider nicht wieder aufgegriffen, und die Frage der „Kontinuität“ bleibt auch bei Drea im dunkeln.

Gerhard Krebs (Tōkyō)